

Gutmenschen in voller Fahrt



Von CHEVROLET | Es sind schon manchmal kuriose Blüten, die das polit-korrekte Gutmenschentum treibt. Da werden plötzlich Hindenburgstraßen umbenannt, weil der Hindenburg ja ein böser Mann war, oder die Lüderitzstraße, benannt nach einem deutschen Kaufmann in Südwestafrika (heute Namibia), muss verschwinden, während in Namibia ein Kleinstädtchen stolz den alten Namen trägt und auch touristisch nutzt.

Neueste Entwicklung: genderkorrekte Ampeln. Die soll es bald in Köln geben. In der Kölner Innenstadt zeigen im Juli auf einigen Ampeln gleichgeschlechtliche Pärchen an, ob man über die Straße gehen darf. Zur Schwulen-Parade „Christopher Street Day“ (CSD) werden an Ampeln am Kölner Heumarkt – an dem die CSD-Parade vorbeiziehen wird – die klassischen Ampelmännchen durch 20 Schablonen mit Frauen- und Männerpaaren ersetzt, wie ein Sprecher der Stadt erklärte.

Doch selbst noch viel tiefer in der Provinz setzen die gutmenschlichen Weltveränderer zum großen Schlag an: In der alten Hansestadt Lübeck, bekannt für ihr Marzipan und linke Politik, beschäftigt sich die Bürgerschaft (der örtliche Begriff für den Stadtrat) mit einem für die Stadt geradezu existenziell wichtigen Thema – Linke, CDU, Grüne, SPD, Unabhängige und GAL/Freie Wähler beschließen nach intensiver Debatte im Hauptausschuss: „Die Lübecker Bürgerschaft spricht sich gegen diskriminierende und sexistische Werbung aus.“ Einzig die AfD stimmt dagegen, weil es seit über 45 Jahren ein Gremium gibt, das sich darum kümmert: den Deutschen Werberat.

Die wahren Probleme Lübecks, geht man lieber nicht an. Die AfD-Facebook-Seite listet sie auf:

- Dezember 2018: Lübeck laut Focus-Studie drittunsicherste Stadt Deutschlands
- Dezember 2018: Lübecker Schülerdemos von gewaltbereiten Extremisten organisiert
- Januar 2019: Prozessbeginn wegen Vergewaltigungsserie in Lübecker Innenstadt
- Januar 2019: Lübeck „Hochburg der Gewalt gegen Polizisten“

Aber Hauptsache, das Stadtparlament mit der versammelten Schar von Altparteien-Gutmenschen stimmt gegen diskriminierende und sexistische Werbung. Die Bürger können also beruhigt sein.